‚Nachdem es keine Partei mehr gibt'

Zur Kritischen Theorie der Organisation

Alexander Neupert-Doppler[1]

Zitation: Neupert-Doppler (2022): ‚Nachdem es keine Partei mehr gibt'. Zur Kritischen Theorie der Organisation, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2022 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Die akademische Theoriebildung liebt Lücken. Fehlt von Marx ein Buch zum Staat, so darf fleißig anhand von geeigneten Fragmenten aus- bzw. nachgearbeitet werden, was er zum Staat gesagt hätte. Fehlt der Kritischen Theorie vermeintlich eine eigene Politische Theorie, so werden auch hier allerhand Ableitungen vorgenommen. Ein Unterschied zwischen Ausarbeitungen und Ableitungen einerseits und Rekonstruktion und Fortführung andererseits liegt in der Methode. Wenn Marx uns etwas zum Staat zu sagen hat, dann nicht als verkappter Staatstheoretiker, sondern als Kritiker gesellschaftlicher Fetischformen, zu denen auch Recht, Politik und Staat gehören (Vgl. Neupert-Doppler 2020: Im Bann des Staatsfetischismus). Wenn Adorno, Benjamin, Horkheimer, Marcuse & Co. etwas zur Politischen Philosophie beitragen, dann nicht als halbe Politikwissenschaftler, sondern als Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft und Träger sozialistischer Utopie (Vgl. Neupert-Doppler 2021: Zwischen Grundriss und Bilderverbot). Ähnlich verhält es sich mit Fragen der politischen Organisation.

1956 diskutierten Adorno und Horkheimer über Theorie und Praxis. Horkheimer fragt: „Aus welchem Interesse heraus schreiben wir, nachdem es keine Partei mehr gibt, nachdem die Revolution unwahrscheinlich geworden ist?" (Horkheimer Nachgelassene Schriften 13: 51). Drei Dinge sind auffällig, die in den veröffentlichten Texten der beiden ansonsten zumeist fehlen. Erstens das indirekte Bekenntnis zu einer Revolution, deren Gelegenheit vorübergegangen ist (Vgl. Neupert-Doppler 2020: Nach der verpassten Gelegenheit). Zweitens die Kopplung der Revolution an eine zumindest vorbereitende Organisation, die Partei. Drittens die Frage, wie sich das Fehlen der Organisation und die Unwahrscheinlichkeit der Revolution auf das eigene Schreiben auswirken. Die Unwahrscheinlichkeit der Revolution aus Sicht der Kritischen Theorie braucht hier nicht erneut erläutert zu werden. Welche Rolle aber spielt die Partei – oder allgemeiner gesagt: Die Organisation? Antworten darauf finden wie

[1] Dr. Alexander Neupert-Doppler ist zurzeit Vertretungs-Professor für Sozialphilosophie an der Hochschule Düsseldorf. Nach Büchern zu ‚Staatsfetischismus' (2013), ‚Utopie' (2015) und ‚Kairós' (2019) erschien 2021 sein Buch ‚Organisation – Von Avantgardepartei bis Organizing' beim Stuttgarter Schmetterlingverlag.

in den 1940er Jahren bei Horkheimer, der das Versagen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften kritisiert (1.). Anarchistische Positionen finden seit den 1920er Jahren durch Benjamin ihren Eingang (2.). Marcuse schließlich ist es, der in den 1960er Jahren die Organisationsfrage interventionistisch neu stellt (3.). Im Rückblick werden auch die Differenzen zwischen den 1920er, 1940er und 1960er Jahren, sowie der Abstand zu unserer Zeit verdeutlicht.

1. Horkheimers Kritik der traditionellen Organisationen

Im März/April 1956 diskutierten Adorno und Horkheimer über Theorie und Praxis, erst im August 1956 wurde die KPD in der BRD verboten. Es wäre also ein zu glatter Schluss, würden wir Horkheimers Diagnose vom Fehlen der Partei nur auf das Verbot der KPD beziehen. Zwar gab es in den 1920er und 1930er Jahren Verbindungen zwischen kommunistischen Partei-Intellektuellen wie Karl Korsch und Georg Lukács und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung, Horkheimer selbst war aber wohl nie Mitglied der KPD. Zum Verhältnis von SPD und KPD meinte er Anfang der 1930er Jahre: „In beiden Parteien existiert ein Teil der Kräfte, von denen die Zukunft der Menschheit abhängt" (Horkheimer GS 2: 377). Der Wille zur Revolution, als subjektiver Faktor, war bei der KPD ungleich größer, die SPD hingegen stellte die größere und geschlossenere Organisation dar, was bei den objektiven Faktoren zu Buche schlägt.

Wichtiger aber, gerade im Rückblick auf das gemeinsame Versagen beider Organisationen, ist die grundsätzliche Kritik, die Horkheimer in den 1940ern an Organisationen formuliert hat. „Dass der Kapitalismus die Marktwirtschaft überleben kann, hat sich im Schicksal der proletarischen Organisationen langst angekündigt. […] Die Partei verwandte sich für eine soziale Gesetzgebung, der Arbeiterschaft sollte das Leben im Kapitalismus erleichtert werden. Die Gewerkschaft erkämpfte Vorteile für Berufsgruppen. Als ideologische Rechtfertigungen bildeten sich die Phrasen der Betriebsdemokratie und des Hineinwachsens in den Sozialismus aus. […] Noch die Utopie war von Maßregeln ausgefüllt. […] Soweit die proletarische Opposition in der Weimarer Republik nicht als Sekte zugrunde ging, verfiel auch sie dem Geist der Administration" (Horkheimer 1940/1968: S. 44f.).

Zwei von drei traditionellen Organisationsformen der Alten Linken werden hier direkt angesprochen: Parteien und Gewerkschaften. Das fehlende dritte sind Genossenschaften. Alle drei sogenannte Säulen der Arbeiterbewegung teilen drei soziologische Merkmale aller Massenorganisationen. Sie haben erstens eine Mitgliedschaft, die sich von Nicht-Mitgliedern abgrenzt. Sie haben zweitens einen ausformulierten Zweck bzw. ein Programm. Zweck der (sozialdemokratischen) Partei ist die soziale Gesetzgebung, für die in der bürgerlichen Öffentlichkeit, ob auf der Straße oder im Parlament eingetreten wird. Zweck der Gewerkschaft sind Vorteile für Berufsgruppen, für die in der betrieblichen Öffentlichkeit gekämpft wird. Aus Sicht der Kritischen Theorie sind beide Zwecke systemimmanent. Zum Kapitalismus gehören Politik- und Rechtsform ebenso wie die Warenform der Arbeitskraft. Welche Politik ein Staat macht, welche Gesetze erlassen oder wie hoch der Lohn ist, hängt im gewissen Rahmen von Kräfteverhältnissen ab, die Parteien und Gewerkschaften verschieben. Revolution ist anders.

Stärker ins Gewicht fällt hingegen ein drittes Merkmal von Organisationen: Arbeitsteilung. Um ihren Zweck zu erfüllen, Ziele für ihre Mitgliedschaft zu erreichen, setzten Organisationen auf eine organisationsinterne Arbeitsteilung, die es erlaubt Kontinuität herzustellen, die Koordination großer

Ressourcen zu bewerkstelligen und überregional Kämpfe zu führen. So sehr dies für Organisationen spricht, eben keine kurzfristigen, ohnmächtigen Gruppen zu sein, so begründet die Arbeitsteilung doch auch einen soziologischen Verdacht, der z.B. von Robert Michels (1876-1936) formuliert wurde: Gerade die Macht und die Ressourcen von Großorganisationen erzeugen eine Oligarchie, welche die Organisationen zu lenken versteht. Michels war ab 1903 in der SPD, ab 1907 wandte er sich nach links dem Syndikalismus zu. In diese Zeit fällt die Entwicklung seiner Oligarchiethese. Sein Ausweg? Die Revolution: „Nur eine Politik der herrschenden Klassen, die in jäher Verblendung den Bogen überspannte, vermöchte die Parteimassen als aktive Schauspieler auf die Bühne der Geschichte zu treiben und die Macht der Parteioligarchen aufzuheben" (Michels 1911: 156).

Als dies tatsächlich geschah, mit dem Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918, kam es an dessen Ende zur Novemberrevolution. Arbeiter*innen bildeten Räte, die kurzfristig die Macht der Partei (SPD) und der Gewerkschaften (ADGB), die den Krieg mitgetragen hatten, entsetzte. Die Hegemonie dieser Organisationen war damit aber keineswegs gebrochen, sondern die Räte selbst entmachteten sich schon im Dezember 1918 und vertrauten auf eine Regierung aus Volksbeauftragten von SPD und USPD. Die KPD gründete sich erst zum Jahreswechsel. Michels, den dieser Versuch die Parteioligarchie aufzuheben enttäuschte, wurde 1928 Faschist. Was seine Organisationssoziologie ankündigte, finden wir auch bei Horkheimer wieder. Was die Bürokratisierung von Großorganisationen zerstöre sei, so Michels, Bewusstsein über die „Kulturzwecke des Sozialismus" und die „internationale Mannigfaltigkeit" (ebd.: 159). Der Internationalismus war das Erste, was die Führung von SPD und Gewerkschaften 1914 aufgab. Der Kulturzweck des Sozialismus, der über politische und ökonomische Reformarbeit hinausgeht, ging nach Horkheimer mit der Entwicklung der Organisationen verloren. War selbst „noch die Utopie war […] Maßregeln ausgefüllt" (Horkheimer 1940/1968: S. 44f.), so ist dies kein Wunder. Utopien, wie Ideologien, sind keine freischwebenden Gebilde, sondern begleiten die Praxis. Für die Sozialdemokratie, die sich in den deutschen Staat integrierte, konnte das Ziel nur der ‚Zukunftsstaat' sein, wie es damals hieß. Für die Gewerkschaften, die sich allein auf ökonomische Fragen konzentrierten, war dies die ‚Mitbestimmung'. Wo die Utopie stirbt, entstehen Ideologien, die das Erwartete ans Bestehende binden, Horkheimer nennt dies „die Phrasen der Betriebsdemokratie und des Hineinwachsens in den Sozialismus" (ebd.). Auch die neugegründete KPD band sich an einen Staat: Die Sowjetunion. Stalins Ideologie nach hieß Sozialismus nicht Vergesellschaftung, sondern Verstaatlichung, Etatismus.

Welche Gemeinsamkeiten sah Horkheimer also zwischen den Tendenzen des Kapitalismus, um denen es der Kritischen Theorie geht, und dem Schicksal der proletarischen Opposition? In beiden, in der Wirtschaft wie in der Politik, setze sich der Geist der Administration gegen den Geist der Utopie durch, eine Bürokratisierung tritt ein, das Selbstverständnis wird Ideologie. Freilich ist das, was Horkheimer 1940 aus dem Exil heraus resümiert, schon früher sichtbar. 1931 veröffentlichen die Sozialdemokraten Fritz Bieligk, Ernst Eckstein, Otto Jensen, Kurt Laumann und Helmut Wagner die Aufsatzsammlung ‚Die Organisation im Klassenkampf'. Ihr gewagter Einsatz war, die Sozialdemokratie vor sich selbst zu retten. Ihre Kritik des Staatsfetischismus trifft zunächst die Organisationsform der Gewerkschaften. „Statt des Kampfes gegen den Staat als der Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie wurde gerade aus den Reihen der Gewerkschaftsführer heraus mehr Einflußnahme durch Mitarbeit am Staat verlangt" (Bieligk et. al. 1931/1967: 39). Aber auch die eigene Partei wird kritisiert: „Es liegt in der Natur der Sache, daß die Delegierten eines Bezirksparteitages zum großen Teil aus den Routiniers der politischen Praxis, insbesondere den Angestellten der Partei und den

Gewerkschaften, bestehen werden. Diese sind aber, wie Michels mir mit Recht zu bemerken scheint, zum Opportunismus prädestiniert" (Eckstein ebd.: 158).

Anders als Horkheimer und Michels, die ähnliche Diagnosen stellen, skizziert Eckstein eine Therapie. Erstens die Wählbarkeit und Befristung aller Partei-Sekretäre (ebd.), zweitens die direkte Wahl durch die unterste Organisationseinheit (ebd.: 160), drittens die Begrenzung des Gehaltes auf das Niveau eines kaufmännischen Angestellten (ebd.: 161), viertens die Beschränkung von Vertreter*innen der Parteiinstitutionen bei Parteitagen auf beratende Funktionen (ebd.: 169). Also demokratische Kontrolle der notwendigen Arbeitsteilung und Verhinderung der oligarchischen Tendenz, zuletzt durch imperative Mandate im Parlament: „Als Kandidat darf nur gelten, wer sich verpflichtet, das Recht der vorschlagenden oder delegierenden Organisation auf seine Abberufung anzuerkennen" (ebd.: 173). Ähnliche Vorschläge, die in der SPD der 1930er Jahre nicht durchsetzbar waren, vertraten 50 Jahre später die bundesdeutschen Grünen, scheiterten aber ebenso an der integrativen Kraft der Form Politik. Also besser keine Organisation? Keine Funktionär*innen? Keine Partei?

In der Tat entstanden zu Beginn der Weimarer Republik linksradikale Organisationen, vor allem rätekommunistischer und anarcho-syndikalistischer Couleur, die sich von staatstragenden und systemtreuen Parteien und Gewerkschaften scharf abgrenzten. Statt auf Politik setzten sie auf direkte Aktionen, statt auf Lohn-Streiks auf den General-Streik, der schon in den 1920ern Jahren Walter Benjamin immens faszinierte. Bei Horkheimer kommen diese Bestrebungen nur mehr indirekt vor, als „die proletarische Opposition […] [die] in der Weimarer Republik als Sekte zugrunde ging" (s.o). Was genau ging hier zugrunde?

2. Benjamins Kritik der oppositionellen Organisationen

Auch die oppositionellen Organisationen des Linksradikalismus, die Lenin als Kinderkrankheit ansah, bewegten sich in denselben Öffentlichkeiten wie die traditionellen Organisationen. In den Betrieben traten sie als Betriebsorganisationen den Gewerkschaften gegenüber, statt parlamentarische Parteien zu werden wollten sie Bewegungsorganisationen bleiben, selbst den Genossenschaften traten lokal immer wieder sozialistische Basisorganisationen entgegen. Ihr Selbstverständnis illustriert exemplarisch diese längere Passage aus dem Programm der Allgemeinen Arbeiter Union / Einheitsorganisation, das Otto Rühle (1874-1943) geprägt hatte. „3. Das Endziel der AAU ist die herrschaftslose Gesellschaft, der Weg zu diesem Ziel ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politische und wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation. 4. Die nächsten Aufgaben der AAU sind: a) Die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der politischen Parteien, dieser Haupthindernisse für eine Einigung der proletarischen Klasse und für die Fortentwicklung der sozialen Revolution, die keine Partei- oder Gewerkschaftssache sein kann. - b) Die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats in den Betrieben, den Urzellen der Produktion, dem Fundament der kommenden Gesellschaft. Die Form aller Zusammenfassung ist die Betriebsorganisation. - c) Die Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens der Arbeiter. d) Alle Maßnahmen vorzubereiten, die für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau notwendig sein werden. 5. Die AAU verwirft alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, sie wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus und an den gesetzlichen Betriebsräten; denn sie

bedeutet eine Sabotage des Rätegedankens. 6. Die AAU lehnt das Berufsführertum grundsätzlich ab. Sogenannte Führer können nur als Berater in Frage kommen".[2]

Auf der Ebene ihres Selbstverständnisses ist die Differenz zu den von Horkheimer kritisierten traditionellen Organisationen deutlich: Diktatur bedeutet Rätedemokratie, nicht sozialdemokratische Parteiendemokratie oder gewerkschaftliche Wirtschaftsdemokratie. Beteiligung an Parlamentswahlen und Betriebsratswahlen wird ebenso verworfen wie Funktionäre, um die von Michels, Eckstein und Horkheimer befürchtete Oligarchie zu vermeiden. Zweck der Organisation sollte ausschließlich die Vorbereitung der erwarteten Revolution sein. Deren utopisches Ziel untersucht Benjamin den 1920er Jahren im Hinblick auf das propagierte Mittel: Generalstreik.

Benjamin denkt bei Anarchismus vor allem an den Anarchosyndikalismus/ Anarchokommunismus. Zwar rezipiert er die Idee des Generalstreiks über George Sorels (1847-1922) ‚Mythos des Generalstreiks', will diesen aber gerade vom Mythos erlösen. Für Sorel ist der Generalstreik Ausdruck eines irrationalen Kollektivgefühls, für Benjamin überschreitet der Generalstreik hingegen die Rationalität des Lohn- und Massenstreiks. Die Lohnstreiks der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die bloß höhere Löhne erzwingen wollen, nennt Benjamin „Erpressung" und damit herkömmliche Gewalt (Benjamin 1921 in: GS II.1: 184). Von solchen ökonomischen Lohnstreiks, die durch Tarifabschlüsse und Mindestlohngesetze integriert werden können, unterscheidet er den „politischen Generalstreik […] (dessen Formel übrigens die der verflossenen deutschen Revolution zu sein scheint)" (ebd.: 194). Im Jargon der damaligen Sozialdemokratie hießen solche Aktionen Massenstreik und waren insofern politisch gedacht, als sie der Durchsetzung politischer Reformen dienen sollten. Dem gegenüber setze, was Massen- bzw. Generalstreiks angeht, „der proletarische sich die einzige Aufgabe der Vernichtung der Staatsgewalt" (ebd.).

Parteien wie Gewerkschaften im traditionellen Sinne gehören für Benjamin zur Rechtsform, welche die kapitalistische Ausbeutung gesetzlich mildert und fetischistisch verhüllt. Daraus ergibt sich für ihn die Unterscheidung zwischen reformistischen und revolutionären Aktionen, weil „die erste dieser Unternehmungen rechtsetzend, die zweite dagegen anarchistisch ist" (ebd.). Einen Streik, der kein Lohnstreik für höhere Tarifabschlüsse wäre, aber auch kein Massenstreik für politische Reformen oder einen Regierungswechsel, nennt Benjamin Generalstreik. Es ist der Generalstreik, den rätekommunistische Organisationen wie die AAUE (s.o.) oder auch die syndikalistische Freie Arbeiter-Union Deutschland (FAUD) vorbereiten wollten. In fact ist dies aber ein Organisationsprinzip, das nur kurz vor, während und nach einem Kairós, einer revolutionären Situation, durchzuhalten ist.

Benjamin konnte 1921, während revolutionärer Unruhen, vom Generalstreik schreiben. Rühle bemerkte, als Aktiver der AAUE, schon 1924, nach dem Abflauen der Kämpfe, ein Problem. „Da die Union gegenwärtig aber noch nicht in der Lage ist, die Entwicklung der Verhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen, ergibt sich automatisch der Zustand, daß Unionsgenossen mit in die Tarifstreike der gewerkschaftlich orientierten Arbeiter hineingezogen werden. In solchen Fällen haben die in Arbeit stehenden Unionsgenossen die notwendigen Solidaritätsgelder auf dem Wege des Umlageverfahrens aufzubringen" (Rühle 1924: 23f.). Der aktivistische Anspruch, den Rühle im Einklang mit den theoretischen Überlegungen Benjamins teilt, trägt nicht. Die Arbeitenden gingen, gerade in Streikzeiten, dahin wo die Streikkassen praller gefüllt sind. Die FAUD, die 1921 150.000 Mitglieder hatte,

[2] https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/aaud-e/1921/richtlinien.htm

schrumpfte bis 1925 auf 25.000, bis 1932 auf wenige tausend (Vgl. Wienand 294 u. 337/338). Sie wurde, wie Horkheimer sagt, Sekte.

Wenn Rühle meint, die Union wäre noch nicht in der Lage, die Verhältnisse nachhaltig zu gestalten, so könnte Benjamin kontern, die Union sei dazu nicht mehr in der Lage. Ihr Kairós wäre 1918/1919 gewesen, als es die Organisation noch nicht gab. Genau in solchen historischen Momenten braucht es aber, nach Benjamin, handlungsfähige Kräfte: „Zum Bilde der ‚Rettung' gehört der feste, scheinbar brutale Zugriff" (Benjamin 1938/1939 in: GS I.2: 677). Die Gründungswelle neuer Organisationen, von der KPD 1918/1919 über die FAUD 1919 und die KAPD/AAUD 1920 bis zur AAUE 1921 setzt hingegen verspätet ein. Benjamin reflektiert deren revolutionäre Strategie 1921, die Revolution aber war bereits fast vorbei. Viel später gelangt Benjamin zu der Deutung, dass einer halben Revolution eine ganze Konterrevolution folgt, Faschismus. Im Passagenwerk schlägt er vor: „Definitionen historischer Grundbegriffe: Die Katastrophe – die Gelegenheit verpasst haben" (Passagenwerk Bd. 1: N 10, 2, 593).

Für 1918 gilt: Die alten Organisationen SPD/ADGB versagten, wie 1914, erneut, neue Organisationen entstanden erst während und nach dem revolutionären Moment und verblühten. Die FAUD verlor zwischen 1919 (150.000) und 1932 (25.000) 80% ihrer Mitglieder, auch die rätekommunistische KAPD, die 1921 mit der Hälfte der KPD-Mitglieder die KPD verließ, kam nie über 80.000 Genoss*innen hinaus. Die der KAPD nahestehende AAUD schrumpfte von 200.000 Mitgliedern 1921 auf 70.000 1922, die AAUE startete 1921 mit 60.000, zerfiel aber in Strömungen (Vgl. Bock 1993: 196). All diese Organisationen, die Benjamins Generalstreik machen wollten, endeten als Horkheimers Sekten. Sekten zeichnet aus, dass sie sich mit der Verbreitung von Ideen beschäftigen. Auch die Tendenz, ob bei Betriebsorganisationen (FAUD, AAUD, AAUE) oder Bewegungsorganisationen außerhalb des Parlaments (KAPD), sich beständig zu spalten, ist eine Tradition des Linksradikalismus bis heute.

Dies hat auch Benjamin bald eingesehen und denkt 1927 stattdessen über die KPD nach. „Was mich vom Eintritt in die K.P.D. zurückhält sind ausschließlich äußere Bedenken. Es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, den zu verpassen vielleicht gefährlich ist" (Benjamin 8.1.1927 in GS VI: 358). Zugleich fremdelt Benjamin mit dem Organisationsbeitritt und fragt sich, „ob nicht eine linke Außenseiterstellung durch intensive Arbeit sachlich und ökonomisch" möglich ist (Benjamin 9.1.27 in GS VI: 359)? Außenseiter kann dabei nicht nur bedeuten, außerhalb von Organisationen zu bleiben, sondern auch an deren Außenseite zu agieren. Quasi als ideologiekritischer Putzerfisch, der den großen Fischen im politischen Kampf hilfreich ist, arbeitete Benjamin als revolutionärer Literaturkritiker außerhalb der großen Organisationen. Wovor Benjamin aber mehr Abscheu hatte als vor dem Gedanken sich der KPD anzuschließen, war eine rein intellektuelle Positionierung, die er bei anderen Autoren als ‚Linke Melancholie' kritisiert, nämlich eine „Haltung, der überhaupt keine politische Aktion mehr entspricht" (Benjamin 1931 in GS III.1: 281). Auch hier gilt Benjamins Kriterium der Gelegenheit.

3. Marcuses Kritik einer unorganisierten Linken

Das Institut für Sozialforschung war, laut Stiftung, der Erforschung der Arbeiterbewegung gewidmet. Deren von Horkheimer als bürokratisch kritisierten Partei- und Gewerkschafts-organisationen (KPD, SPD, ADGB) haben ihr Ziel des Sozialismus ebenso verfehlt, wie die von Benjamin anfangs geschätzten Betriebs- und Bewegungsorganisationen (FAUD, AAUD, AAUE, KAPD), die dem Kairós der Räte

von 1918/1919 hinterhereilten. Eine Lehre der Kritischen Theorie ist es, dass Organisationsform und Utopie sich bedingen. Den bürokratisierten Verbänden im Westen ging die Utopie verloren, der Faschismus siegte. Die Bolschewiki, als Kaderpartei von Berufsrevolutionären, scheiterten hingegen siegreich. „Anstatt am Ende in der Demokratie der Räte aufzugehen, kann die Gruppe sich als Obrigkeit festsetzen" (Horkheimer 1940/1968: 47).

Es ist verständlich, dass sich nach 1945 vor allem Marcuse und Neumann, die während dem Krieg für das OSS arbeiteten, auch Otto Kirchheimer, weiter mit Organisationsfragen beschäftigen. Neumann und Kirchheimer als Politikwissenschaftler z.B. zu modernen Parteiensystemen, Marcuse zunächst als Kritiker des Sowjetmarxismus. Für Adorno und Horkheimer war 1956 klar, dass sich die Frage der Partei nicht wie vor 1933 beantworten lässt. Adorno: „Vielleicht wird es doch in einem Land wieder einmal eine Partei geben" (1956: 54). Für die Gegenwart hingegen wird durchgespielt, eher angespielt, und verworfen. Horkheimer: „Aufruf zur Wiederherstellung einer sozialistischen Partei. Adorno: Streng leninistisches Manifest. Horkheimer: […] Wir rufen niemanden zu etwas auf" (ebd.: 66). So wenig informelle Gespräche philosophisch gültige Ergebnisse produzieren können, so sehr drückt sich in der Wortwahl doch die Situation aus. Keine SPD, keine KPD, sondern eine SP. Sie ins Leben zu rufen ist allerdings keine Frage der Kritik, sondern von verpasstem Kairós und verschütteter Utopie. „Adorno: […] Wir leben in keiner revolutionären Situation. Das Grauen besteht darin, daß wir zum ersten Mal heute in einer Welt leben, in der man sich das Bessere gar nicht mehr vorstellen kann. Horkheimer: Es gibt keine Partei mehr. Adorno: Es geht nicht, daß man zu einer linkssozialistischen Partei aufruft. Eine solche Partei würde heute entweder von den Kommunisten in Schlepptau genommen oder erlitte das Schicksal der SPD" (ebd.: 70f.). Sowohl der Sozialstaat im Westen als auch der Staatssozialismus im Osten waren, in Ansätzen, falsche Verwirklichungen der sozialistischen Utopie der Freiheit und Gerechtigkeit. SPD und KPDSU sind beidseitig des Eisernen Vorhangs in die verwaltete Welt verstrickt. Was bleibt? Sicherlich immer, das Schlechte gegen das Schlimmere und Schlimmste zu verteidigen, aber dabei nimmt man den Standpunkt der Liberalismus ein, der kein sicheres Bollwerk ist. Zudem bestimmt sich das Schlimmste auch im Lichte der Utopie, die aber verstellt ist. Was tun?

Für Marcuse entsteht mit der Neuen Linken der 1960er Jahre ein Milieu mit Potential, eine Position, die sich gleichermaßen von Sozialstaat und Staatssozialismus, SPD und KPD, abgrenzt. Auch er stimmt mit Horkheimer und Adorno überein, dass es keine Partei mehr gibt. Ihm erscheint dies aber nicht nur als Verlust, sondern zunächst einmal als neuer Status quo. „Der neue Radikalismus widersetzt sich ebenso der zentralisierten bürokratisch-kommunistischen Organisation wie der halbdemokratischen liberalen […] Die Initiative verlagert sich auf kleine, weit zerstreute Gruppen mit einem hohen Grad an Autonomie, Beweglichkeit und Flexibilität. Sicher kann in der repressiven Gesellschaft und gegen ihren allgegenwärtigen Apparat Spontaneität als solche unmöglich eine radikale und revolutionäre Kraft sein. Sie kann zu einer solchen nur werden durch Aufklärung, Erziehung und politische Praxis, und sie wäre in diesem Sinn tatsächlich das Ergebnis von Organisation" (Marcuse 1969, Schriften 8: 315).

Der Absage der Neuen Linken an die Organisationsformen der Kommunistischen Partei wie gegenüber der liberal-halbdemokratischen Sozialdemokratie kann Marcuse etwas abgewinnen. Zugleich geht er davon aus, dass weit zerstreute Gruppen auf die Dauer keine Basis für politische Aktivitäten sind. Vorteile mögen fehlende formelle Hierarchien, hohe aktivistische Spontaneität und unmittelbare Bedürfnisorientierung sein. Ebenso fehlen aber auch die Stärken klassischer Organisationen.

Informelle Hierarchien sind oft noch schlimmer als eine formelle Arbeitsteilung. Spontaneität kann auch auf Kosten langfristigen Aufbaus von Ressourcen und koordinierter Kämpfe gehen. Gerade weil es sich um 1968 auch um eine Studierendenbewegung handelte, brachten diese private Ressourcen ein. Die erhoffte Bedürfnisbefriedigung der Beteiligten macht Gruppen oft zu Freundeskreisen, denen jegliche Orientierung an Mitgliedergewinnung und Breitenwirkung fehlt. Nicht das Private wird dann politisch, sondern das Politische privat. Marcuse war ein Freund der Spontaneität, aber kein Sponti, sondern er bevorzugte die „organisierte Spontaneität" (Marcuse 1972 Schriften 9a: 52f.). Dabei argumentierte Marcuse keineswegs gegen die Avantgardefunktion, die z.B. in Adornos und Horkheimers Gesprächen über die Partei anklingt, nämlich Bewusstseinsbildung. Träger gesellschaftskritischen Bewusstseins waren aber um 1968 herum nicht traditionelle Organisationen. Im Gegenteil: „Wo dieses den Partei- und Gewerkschaftsapparat durchbrach, geschah es unter dem Einfluß ‚äußerer' Kräfte, hauptsächlich der Intelligenz" (Schriften 8: 286). Marcuse glaubte nicht an eine Revolution ohne Arbeiter*innenklasse, aber es sei, zurzeit, „ihre Radikalisierung an Katalysatoren außerhalb ihrer Reihen gebunden" (ebd.). Ähnliches gilt für die Radikalisierung von feministischen Frauen- und antirassistischen Bürgerrechtsbewegungen. Die Unzufriedenheit, die sich in sozialen Protesten Luft macht, ist nicht revolutionär, sie sei aber ein Resonanzboden für gesellschaftskritische Interventionen.

Avantgarde-Parteien gehen, wie das Wort Avantgarde andeutet, den zu Führenden voran. Eine Katalysator-Organisation hingegen soll helfen, kritische und praktische Aktivitäten zu steigern.

Detlev Claussen verwies 2017 darauf, wieso es Marcuse in den USA leichter hatte als Adorno mit seinen Studierenden. In den USA ging es um die Beschleunigung sozialen Wandels, ohne dass damit, wie etwa beim deutschen SDS, revolutionäre Illusionen verknüpft gewesen wären.

„Ganz entscheidend ist die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten gewesen […], in der es zu Beginn überhaupt nicht den Anspruch einer revolutionären Praxis gab. […] So ist es Marcuse deutlich leichter gefallen, die Protestbewegung realistisch wahrzunehmen. Ihre Ziele – Vietnam, später der Feminismus – haben letztlich katalysatorisch auf die Gesellschaft gewirkt" (Claussen 2017). Antirassistischen, ökologischen oder feministischen Bewegungen steht Kritische Theorie, als Kritik an Ideologie, Natur- und Geschlechterverhältnis zur Seite.

Dabei ist sich Marcuse stets bewusst, dass solche Bewegungen die Sache von Minoritäten bleiben. Gerade Aktivist*innen benötigen viel persönliche Ressourcen für ihren Einsatz. Um Entlastung, Koordination und Orientierung zu gewährleisten, skizziert Marcuse Grundrisse einer Bewegungsorganisation, die an stattfindende Bewegungen anknüpfen kann. Zugleich denkt er diese als eine Basisorganisation, die auch Momente von Betriebsorganisation aufnimmt. In diesem Sinne übernimmt er Aspekte von den linksradikalen Organisationen, die Benjamin zunächst in den 1920ern begeistert hatten und deren Abstieg zur Sekte Horkheimer in den 1940ern feststellen musste. 1974 schreibt Marcuse als Empfehlung an die Neue Linke: „Aus der Not eine Tugend machen: Das Fehlen einer Massenbasis für eine radikale Massenpartei (in den USA) und der reformistische Charakter der europäischen Massenparteien fragmentieren die Bewegung – gleichzeitig aber ermöglicht, ja erzwingt diese Konstellation den Aufbau und Ausbau von wirklichen Basisgruppen, die im Laufe der Entwicklung zu Stützpunkten der Vereinigung auf nationaler Stufenleiter werden könnten. Eine solche Organisation, die nicht nur Fabriken, sondern auch Wohnbezirke, Campusse etc. aktivierte, entspräche einem nicht-verdinglichten Begriff der Arbeiterklasse" (Marcuse 1974, Schriften 9b: 154).

Für die Kritische Theorie ist klar, dass das revolutionäre Subjekt kein fixes Objekt sein kann. Aus keiner Klassenlage entspringt an sich die Utopie einer klassenlosen, freien Gesellschaft. Nichtsdestotrotz müssen Kritik und Utopie mit Praxis und Organisation vermittelt werden. Marcuses Bewegungsorganisation, die keine Partei, Gewerkschaft oder Genossenschaft ist, wäre daher auch Betriebsorganisation in den Fabriken, Basisorganisation in den Stadtteilen. Zu ihrer Entstehung, die nicht als Vereinsgründung zu denken ist, kam es in den 1970ern nicht. Stattdessen führte der Marsch durch die Institutionen – wie Jens Benicke sagt – von Marcuse zu Mao, in die K-Gruppen als Pseudo-Avantgarde und später 1980 zur Gründung der Grünen.

4. Perspektiven Kritischer Theorie der Organisation

Die erste Generation der Kritischen Theorie, hier also Adorno, Benjamin, Horkheimer und Marcuse, hatte ein distanziertes Verhältnis zur Frage politischer Organisation. Benjamin, als der Älteste unter Ihnen (*1892), begeisterte sich zu Beginn der 1920er für die Idee des Generalstreiks, der zu dieser Zeit die Kernidee der oppositionellen Organisationsformen war, welche sich von den drei Säulen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft ablösten. Schnell war aber abzusehen, dass dieser Linksradikalismus nach verpasstem Kairós, wie Benjamin in seiner Geschichtsphilosophie zeigt, nicht auf Dauer gestellt werden kann. Umgekehrt erkennen Horkheimer (*1895) und Marcuse (*1898), welche die Novemberrevolution 1918 aktiv miterlebten, dass bürokratischen Parteien und Gewerkschaften nicht zu trauen ist. Marcuse trat nach der Revolution aus der SPD aus, Horkheimer hielt stets eine höfliche Distanz zur KPD. Um so erstaunlicher, dass beide inhaltlich auf traditionelle Organisationsformen fixiert blieben.

Den sozialdemokratischen Gewerkschaften und Parteien warf Horkheimer ihre Ideologien vor – der „Betriebsdemokratie und des Hineinwachsens in den Sozialismus" (Horkheimer 1940/1968: S. 44f.), die beide als Ausdruck des Staatsfetischismus zu verstehen sind. Ebenso zeigte Marcuse am Beispiel des Sowjetmarxismus, dass die Politik der Verstaatlichung (von Produktionsmitteln) nicht die Utopie der Vergesellschaftung einlöst. Nichtsdestotrotz bleibt bei Horkheimer noch in den 1950ern die im Gespräch mit Adorno immer wieder wiederholte Frage:

Was tun, wenn es keine Partei mehr gibt? Adornos Scherz: Streng leninistisches Manifest. Auch Marcuse setzt 1970 noch mit diesem Fehlen der Partei in Zeiten ohne Massenbewegung ein: „Wo diese Massen fehlen, ist die leninistische Kaderpartei keine brauchbare Organisationsform. […] Das heißt aber nicht, daß die radikale Linke die Frage der Organisation einfach beiseiteschieben könnte" (Marcuse 1970, Schriften 9d: 185).

Anders als Horkheimer und Adorno versuchte er der Neuen Linken Antworten zu geben, die auf eine Verbindende Organisation (Vgl. Neupert-Doppler 2021: Organisation) hinauslaufen. Radikale Kritik, interne Demokratie und die Verankerung als Betriebs-, Bewegungs- und Basisorganisation wären deren Kennzeichen. Anders als Benjamin in den 1920er Jahren glaubt Marcuse in den 1970er Jahren nicht mehr, dass solche Bündelung oppositioneller Organisationsformen kurzfristig zur Verdrängung der etablierten Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften führen könnten. Sie wäre nur ein Katalysator. „Im Allgemeinen scheint die herrschende Integration den Aufbau radikaler Massenparteien vorläufig auszuschließen, Schwerpunkt radikaler Organisation wären lokale und regionale Basen

(in den Fabriken, Büros, Universitäten, Wohnvierteln); ihre Aufgabe bestände darin, den Protest zu artikulieren und für konkrete Aktionen zu mobilisieren" (Marcuse 1975, Schriften 9c: 167).

Wo finden solche Überlegungen heute Anklang? Sicherlich starb mit Marcuse (+1979) auch eine Konstellation, die Benjamin in den 1920er Jahren als Tragödie miterlebt hat: Revolutionärer Geist bei den anarchokommunistischen Sekten gegen den Opportunismus der (sozialdemokratischen) Massenorganisationen. Aber auch nachdem sich 1980 große Teile der antiautoritären Spontis mit den autoritären K-Gruppen in der Grünen Partei vereinigt hatten, wiederholte sich diese Konstellation als Nachschlag. In den 1980er Jahren bis in die 1990er Jahre hinein standen die linksradikalen Autonomen, als Nachfolger der Spontis, den zur Partei werdenden Grünen gegenüber. Kritische Theorie hingegen spielte schon beim Niedergang der Neuen Linken in den 1980ern kaum noch eine Rolle. Die folgenden Jahrzehnte erlebten den Wiederzusammenschluss Deutschlands und autonome Antifa-Politik (1990er), Proteste gegen Sozialstaatsabbau und Globalisierung – statt gegen Staat und Kapital (2000er), den internationalen Aufstieg des Rechtspopulismus (2010er). Sozialdemokratie und Gewerkschaften, als nach wie vor vorhandene traditionelle Organisationsformen, befinden sich in Stagnation. Alternative Genossenschaften, wie z.B. das Mietshäusersyndikat, Bewegungsorganisationen wie die ‚Interventionistische Linke' und ‚Ums Ganze', die seit Mitte der 2000er bestehen, die kleine Betriebsorganisation FAU (seit 1977) oder zaghafte Ansätze von Stadtteil-Basis-Organisationen in manchen deutschen Städten, stehen in ihrer Stärke weit hinter den Sekten der Weimarer Republik und ebenso hinter den Ansätzen der Neuen Linken zurück. Reflexionen darauf in der Tradition der Kritischen Theorie finden sich z.B. bei der ‚Initiative sozialistisches Forum' (ISF), dem ‚Verein für kritische Gesellschaftswissenschaften e.V.', der ‚Platypus Affiliated Society' oder dem Utopie-Netzwerk (utopie-netzwerk.de). Insgesamt steht, was als Rest-Linke geblieben ist, wieder am Anfang – und mal wieder vor der O-Frage.

Literatur

Benjamin, Walter (1983): Gesammelte Schriften, Frankfurt a. M.

GS I.2: (1938/1939) Zentralpark, S. 655-690.

GS II.1: (1921) Zur Kritik der Gewalt, S. 179-203.

GS III.1: (1931) Linke Melancholie – Zu Erich Kastners neuem Gedichtbuch, S. 279-283.

GS VI: (1926/2917): Moskauer Tagebuch, S. 292-409.

Marcuse, Herbert (2004): Schriften, Springe.

Schriften, Band 8: Versuch über die Befreiung, 1969, S. 237-317.

Schriften, Band 9a: Konterrevolution und Revolte, 1972, S. 7-128.

Schriften, Band 9b: Theorie und Praxis, 1974, S. 143-158.

Schriften, Band 9c: Scheitern der Neuen Linken?, 1975, S. 159-170.

Schriften, Band 9d: USA, Organisationsfrage und revolutionäres Subjekt, 1970, S. 171-189.

Bieligk, Fritz / Eckstein, Ernst / Jensen, Otto / Laumann, Kurt / Wagner, Helmut (1931/1967): Die Organisation im Klassenkampf, in: Archiv sozialistischer Literatur 7, Frankfurt a. M.

Bock, Hans-Manfred (1969/1993): Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923 – Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt.

Claussen, Detlev (2017): Flaschenpost statt Scheinrevolution (Interview), online: https://platypus1917.org/2

018/06/22/flaschenpost-statt-scheinrevolution-ein-interview-mit-detlev-claussen-uber-adorno-lenin-und-die-studentenbewegung/

Horkheimer, Max & Adorno, Theodor W. (1956/1988): Diskussion über Theorie und Praxis, in: Horkheimer Gesammelte Schriften, Band 13/ Nachgelassenen Schriften 1949-1972, Frankfurt a. M., S. 32-72.

Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften - Taschenbuch-Ausgabe: Gesammelte Schriften in 19 Bänden:

Band 2: Philosophische Frühschriften 1922-1932.

Horkheimer, Max (1940/1968): Autoritärer Staat, in: Autoritärer Staat, Amsterdam, S. 41-79.

Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens, Leipzig.

Neupert-Doppler, Alexander (2021): Organisation – Von Avantgardepartei bis Organizing, Stuttgart.

Rühle, Otto (1924): Von der Bürgerlichen zur proletarischen Revolution, online:

http://www.left-dis.nl/d/prolrev.pdf (zuletzt eingesehen am 06.11.2020).

Wienand, Paul (1981): Der geborene Rebell – Rudolf Rocker – Leben und Werk, Berlin.